

Argument des Tages Nr. 27

Gerechtigkeit lokal und global – Die Woche des Fairen Handels

Die Wirtschaftskrise trifft die Länder des Südens mit voller Wucht. In diesem Jahr hungern mehr als eine Milliarde Menschen, schätzt die Welternährungsorganisation. Ein historischer Höchststand. Und kein Zufall. Denn in den vergangenen 20 Jahren herrschte der Wahn der Liberalisierung. Das heißt: Arme Länder sind schutzlos der Konkurrenz viel stärkerer Handelspartner und Investoren ausgeliefert worden. Lokale und regionale Märkte brachen zusammen und können jetzt die Folgen internationaler Krisen nicht mehr abfedern. Deshalb ist der Kampf um fairen Handel umso wichtiger. Und deshalb unterstützt DIE LINKE die sogenannte „Faire Woche“, die ab Montag, 14. September, unter dem Motto „Fairer Handel schafft Zukunft“ stattfindet.

Von der eigenen Arbeit leben – das muss gleichermaßen im Norden und im Süden gelten. Auch eine Kleinbäuerin in Indien muss mit ihrer Reisernte den Lebensunterhalt sichern können. Diese Forderung wird niemand bestreiten. Aber die Realität sieht anders aus. So will vor allem der US-Konzern Monsanto die Produzenten von gentechnisch verändertem Saatgut abhängig machen. Hinzu kommen die Spekulation mit Agrarrohstoffen und entsprechend unkalkulierbare Preisbewegungen. Fallen die Preise unkontrolliert und in kurzer Zeit, sind Millionen Kleinbauern existenziell bedroht.

Das Gegenkonzept heißt „Fairer Handel“. Konkret: Schutz der Kleinproduzentinnen und -produzenten durch feste und angemessene Preise statt Agrarspekulation, ökologischer Anbau statt Abhängigkeit von Gentechnik, Schutz der regionalen Produktion durch Zölle und andere Maßnahmen statt Dumping-Importe. Fairer Handel unterstützt insbesondere Frauen in Entwicklungsländern, die einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung der (Land-) Wirtschaft leisten.

Diesem Konzept fairen Handels stehen die Welthandelsorganisation (WTO) und die sogenannten Freihandelsabkommen der EU entgegen. Sie lassen den Staaten des Südens kaum eine Chance, sich gemäß ihrer eigenen Interessen zu entwickeln. So leiden beispielsweise afrikanische Hühnerzüchter, Tomaten- oder Milchbauern unter den billigen

Importen aus Europa. Hunger und Armut breiten sich aus.

DIE LINKE unterstützt den Kampf zahlreicher Organisationen der Zivilgesellschaft und etlicher Regierungen gegen die zynische Handelspolitik der WTO und der EU.

DIE LINKE fordert die Abschaffung der EU-Agrarexportsubventionen. Mit Steuergeldern subventionierte Exporte in den Süden dürfen nicht die lokalen Wirtschaftsstrukturen zerstören.

DIE LINKE verlangt, dass die Entwicklungshilfe zu fairem Handel beiträgt. Tatsächlich aber wird Entwicklungshilfe häufig an die Öffnung von Märkten gebunden. Diese Erpressung muss aufhören. Die Produzentinnen und Produzenten brauchen verlässliche Marktregeln und Preise, die ein eigenständiges Leben und eine eigenständige Entwicklung ermöglichen.

DIE LINKE fordert verbindliche Regeln für Unternehmen zur Einhaltung sozialer Menschenrechte und ökologischer Standards. Unternehmen sollten gesetzlich verpflichtet werden, die Verbraucherinnen und Verbraucher über Arbeitsbedingungen und Umweltauswirkungen in der gesamten Lieferkette zu informieren.

Wir wollen aber auch die Nachfrage in Deutschland und in Europa stärken. Denn faire Produkte sollen faire Preise haben. Und faire Preise kann nur bezahlen, wer fairen Lohn oder faire Sozialtransfers bezieht. Deshalb fordert DIE LINKE einen Mindestlohn von 10 Euro und die Erhöhung des Hartz IV-Regelsatzes auf 500 Euro.

DIE LINKE unterstützt die vielen tausend Aktionen im Rahmen der Fairen Woche. Weitere Informationen zu Veranstaltungen in eurer Umgebung findet ihr auf www.faire-woche.de.

Redaktionsschluss: 10. September 2009

DIE LINKE.

DIE LINKE - WahlQuartier

Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 009 999 · Telefax: 030/24 110 46
wahlquartier@die-linke.de · www.die-linke.de